

Wird das Kornhaus auf dem Meißner Burgberg Teil der Landesausstellung?

Ein Kauf des Kornhauses auf dem Meißner Burgberg scheint vorerst ausgeschlossen. Und dennoch nimmt der Landtag die Staatsregierung in die Pflicht.



Geht es nach dem Landtag, so soll das Kornhaus auf dem Meißner Burgberg Teil der Landesausstellung 2029 werden.
© Claudia Hübschmann

Von Ines Mallek-Klein

2 Min. Lesedauer

Meißen. Eine schnelle Lösung für das historische Gebäude auf dem Meißner Burgberg wird es nicht geben. Denn der Freistaat scheidet als Kaufinteressent für das Kornhaus aus. "Die Voraussetzungen für einen freihändigen Erwerb nach Paragraph 63 der Sächsischen Haushaltsordnung sind nicht gegeben, da das Gebäude zur Erfüllung staatlicher Aufgaben derzeit nicht benötigt wird", steht etwas hölzern in dem Petitionsbericht, der am Donnerstag vom Sächsischen Landtag beschlossen wurde.

Der Erwerb einer Immobilie im strategischen Staatsinteresse müsse immer einen Bezug zur künftigen Erfüllung staatlicher Aufgaben haben, heißt es dort ergänzend. Damit bestätigt der Bericht das, was Sachsens Finanzminister Hartmut Vorjohann (CDU) immer wieder vorgetragen hat. Die Rechtslage ist also klar. Die Frage nach der moralischen Verpflichtung des Freistaates für das Ende des 15. Jahrhundert gebauten Hauses, das zum Gebäudeensemble der Albrechtsburg gehört, damit aber noch nicht beantwortet.

"Ich freue mich, dass der Sächsische Landtag diesen Bericht verabschiedet hat. Er bleibt nicht stehen bei der Beschreibung der Rechtslage. Er gibt der Regierung die Aufgabe mit, sich Gedanken zu machen, wie das symbolträchtige Gebäude für eine öffentliche Nutzung gerettet werden kann", sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Frank Richter, der die Petition maßgeblich begleitet hat. Und in der Tat, der Petitionsausschuss

fordert die Staatsregierung auf zu prüfen, in welcher Weise das Kornhaus eine staatliche Verwendung im Rahmen der geplanten Landesausstellung 2029 bekommen kann. Fest steht, dass die Albrechtsburg dabei eine wichtige Rolle spielen wird. Wie das benachbarte Gebäude einbezogen werden kann, wird nun geprüft werden müssen.

Die Idee, in dem Haus ein Museum für sächsische Landesgeschichte sowie eine neue Fachabteilung der Landesregierung zur Digitalisierung sächsischer Museumsbestände unterzubringen, wurde in dem Petitionsbericht erwähnt. Allerdings gäbe es vonseiten der Staatsregierung keine Pläne, die in diese Richtung gehen.

Das Gebäude befindet sich derzeit noch immer im Eigentum einer österreichisch-italienischen Investorengruppe. Sie hatten das Haus 2007 von der Stadt Meißen erworben und wollten auf dem Burgberg ein Luxushotel errichten. Die Pläne scheiterten, angeblich auch vor dem Hintergrund der damaligen Finanzkrise. 2020 und 2021 fielen die Hauseigentümer dadurch auf, dass sie Grundsteuern und andere Beiträge gegenüber der Stadt Meißen schuldig blieben.

Die Kommune leitete daraufhin eine Zwangsversteigerung ein. Diese war für den 4. Juli 2022 terminiert, wurde aber kurzfristig abgesagt, nachdem die Investorengruppe ihre Schulden beglichen hatte. Das Haus erlangte damals deutschlandweit Bekanntheit, nachdem die AfD angekündigt hatte, es zu erwerben und auf dem Burgberg ein Schulungs- und Tagungszentrum zu errichten.